Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Co.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7585. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.; Leipzig.

Nr. 277 — Montag, den 13. Juni — 1921

Loucheurs Zusammenkunft mit Walther Rathenau

Ueber die von französischen Blättern gemeldete Zusammenkunft des französischen mit dem deutschen Wiederaufbauminister liegen heute neue Meldungen vor, die das gestrige Dementi des WTB. zu dementieren scheinen. Die Unterredung zwischen Loucheur und Rathenau soll danach in Wiesbaden stattgefunden haben. Die Information des Wolffschen Bureaus hätte somit nur insofern das Richtige getroffen, als sie davon sprach, daß eine Reise des deutschen Wiederaufbauministers nach Paris nicht geplant sei. Die Pariser Meldungen lauten jedenfalls so bestimmt, daß wir glauben, sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Wir lassen sie nachstehend folgen:

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 13. Juni.

Die Morgenblätter bringen alle ganz ausführliche und bis ins Einzelne gehende Meldungen über die beiden Unterredungen, die gestern vormittag und nachmittag Rathenau und Loucheur in Wiesbaden gehabt haben sollen. Die erste Besprechung habe von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags stattgefunden; ihr sei im Laufe des Nachmittags eine zweite gefolgt, die drei Stunden gedauert habe. Der „Matin" hebt besonders hervor, daß die beiden Herren 5½ Stunden lang miteinander gesprochen hätten und heute eine neue, mindestens ebenso lange Besprechung haben würden. Loucheur wird wahrscheinlich am Montag abend nach Paris zurückkehren.

Die vorliegenden Meldungen über das Ergebnis dieser Besprechungen, ob sie nun stattgefunden haben oder nicht, werden fast von sämtlichen Blättern mit der größten Genugtuung und mit Wohlwollen aufgenommen. Daß derartige Besprechungen angesagt werden oder stattfinden könnten, hätte man vor wenigen Wochen noch für unmöglich gehalten, ebenso daß die öffentliche Meinung diese Besprechungen günstig aufnehmen würde. Der Grund hierfür ist in einer Reflexwirkung der außerordentlich starken Spannung in den Beziehungen zu England zu suchen. Es zeigt sich darin das Bedürfnis und der Wunsch Frankreichs, sich vom englischen Vorspann in der Kontinentalpolitik freizumachen. Es bleibt abzuwarten, wie das Parlament sich dazu stellen wird immerhin lassen die Pressekommentare schon einen günstigen Schluß zu. Vor wenigen Wochen wäre ein Minister, der es gewagt hätte, persönlich mit einem deutschen Minister zu verhandeln, unmöglich geworden und hätte das gesamte Kabinett gefährden können. Heute stehen die Dinge wesentlich anders, und die in der Kammer immer mehr in Erscheinung tretende Stimmung gegen England dürfte Briand neuen Wind in die Segel blasen. Eine Ausnahme werden natürlich die Erzkonservativen machen. Sie sind aber eine Minderheit, deren Einfluß diesmal um so geringer sein wird, als die bisher in der Opposition verbliebenen Sozialisten und Kommunisten in der Frage der Annäherung an Deutschland in die regierungsfreundlichen Bänke einschwenken werden.

Der Verlauf der beiden Besprechungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 13. Juni.

Die Unterredung zwischen Loucheur und Rathenau bestand, wie der „Petit Parisien" aus Wiesbaden meldet, in einem Meinungsaustausch über die Hauptfragen der Wiedergutmachung.

„Beide Männer", schreibt das Blatt, „sind sehr verschieden voneinander, aber doch geeignet, sich zu verstehen. Der weite Geist Rathenaus geht gern, der deutschen Ueberlieferung entsprechend, von einem allgemeinen System aus. Das ist ganz das Gegenteil von dem, was die Intelligenz Loucheurs kennzeichnet. Der Boden, auf dem sie sich trafen, war die Wirklichkeit, oder noch besser gesagt, die industrielle Wirklichkeit. Die politischen Fragen wurden nach gemeinsamem Uebereinkommen ausgeschaltet, und die Versuche Rathenaus, von Oberschlesien zu sprechen, wurden von Loucheur mit dem Hinweis auf den Versailler Vertrag abgelehnt.

Rathenaus Bericht begann mit einer bemerkenswerten Schilderung der wirtschaftlichen Lage Europas. Der Eindruck, den man daraus gewann, war der, daß der deutsche Wiederaufbauminister mit dem Wirtschaftsleben mehr vertraut ist als mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete. Rathenau meinte, daß die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent schwer auf dem zukünftigen Budget Deutschlands lasten würde. Er scheint der Ansicht zu sein, daß das System der Londoner Obligationen durch ein neues Kreditmittel ersetzt werden könnte, vielleicht durch Wertpapiere, die Deutschland selbst unterzubringen sich bemühen werde. Rathenau scheint es jedoch als nicht möglich bezeichnet zu haben, seine Pläne schon in nächster Zeit genau festzulegen.

Loucheur gab ihm zu verstehen, daß Deutschland auf keinen Fall hoffen könnte, für eventuelle Anleihen die Bürgschaft der Alliierten zu erhalten. Rathenau bestand darauf, daß die Naturalleistungen eine Hauptrolle spielen müßten. Er wies nach, daß es für Deutschland bei dem gegenwärtigen Wechselkurs eine Frage auf Tod und Leben sei, daß es sich seiner Schuld durch Materiallieferungen oder Arbeitskraft entledigt.

Hier machte Loucheur einige Bemerkungen. Gewiß könnten und sollten die Naturalleistungen eine große Rolle spielen. Man beschuldige Frankreich zu Unrecht, sich diesen Lieferungen aus mißverstandener Sorge um seine eigenen Interessen zu widersetzen. Aber die Naturalleistungen trügen den verwickelten Bedingungen nicht Rechnung, unter denen sich die Frage in der Praxis darstellt. Loucheur zeigte Rathenau die Schwierigkeiten, die man erst beheben müsse. So betonte Loucheur z. B. eingehend die Notwendigkeit, die Zahlungen für deutsche Lieferungen zu organisieren und sie für mehrere Jahre abzustufen. Nach den Londoner Beschlüssen sollen die Lieferungen im Laufe desselben Jahres durch fällige Kupons bezahlt werden, mit anderen Worten, die Materiallieferungen sollen in keinem Fall die deutschen Jahresleistungen übersteigen. Loucheur konnte leicht beweisen, daß, wenn diese Verfügung buchstäblich ausgeführt werden sollte, Frankreich nur ein geringes Interesse an den deutschen Sachleistungen hätte. Loucheur lenkte Rathenaus Aufmerksamkeit auch auf die Lieferung von Holzhäusern. Das ist der Inhalt der ersten Unterredungen, die Montag früh wieder aufgenommen werden sollen."

Minister Loucheur über Rathenau.

Wiesbaden, 13. Juni.

Der französische Minister Loucheur, der gestern zwei Besprechungen mit Walter Rathenau hatte, erklärte darüber in einer Unterredung: Ich kann für jetzt nur sagen, daß ich in Herrn Walter Rathenau, den ich zum erstenmal gesehen habe, eine Persönlichkeit gefunden habe, die die besten Absichten hat, entschlossen ist, der Unterschrift Deutschlands Achtung zu verschaffen und als Geschäftsmann nach den besten Mitteln sucht, dieses Ziel zu erreichen.

Der Teilungsplan des Grafen Sforza

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 13. Juni.

Der italienische Senator Cirmeni veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse" eine Unterredung, die er mit dem Grafen Sforza hatte. Graf Sforza erklärte ihm über seine Haltung in der oberschlesischen Frage, er habe niemals daran gedacht, zu bestimmen, welches in Oberschlesien die Grenze zwischen Deutschland und Polen sein müßte. Er habe einfach versucht, eine mittlere Lösung des Problems herbeizuführen, das den Alliierten und den beiden daran zuerst interessierten Ländern so schwere Sorgen verursache. Augenblicklich seien allerdings weder Lloyd George noch Briand, noch viel weniger die Deutschen oder Polen, zu befriedigen, weil sie alle ihre schon gefaßten Beschlüsse aufrecht erhalten. Er sei jedoch überzeugt, daß sein Vorschlag im Obersten Rat schließlich den Sieg davontragen werde. Die von Lloyd George vorgeschlagene Lösung lasse sich nicht mit Klauseln des Vertrages von Versailles vereinbaren, und die von Briand verteidigte Lösung würde eine absurde Situation schaffen, die ganz unhaltbar sei und geeignet wäre, die industrielle Produktion Oberschlesiens zu paralysieren. Das Plebiszit sei wohl mit großer Majorität zugunsten Deutschlands ausgefallen, aber es könne nicht so durchgeführt werden, wie es sich Lloyd George denke; denn der Vertrag von Versailles verlange die Entscheidung nach Gemeinden. Aber auch Briand habe nicht vollkommen recht. Teile man Oberschlesien nach dem Resultat des Plebiszits in seine Gemeinden auf, ob sie nun groß oder klein sind, so käme eine höchst verwickelte, unhaltbare Situation heraus, die zwei unabwendbare Folgen hätte: die Fortsetzung des blutigen Konfliktes zwischen Deutschen und Polen, und überdies Verarmung einer reichen Provinz, indem man der Bergbauindustrie ein Ende mache. Sein eigener Vorschlag würde Oberschlesien vor dieser Gefahr bewahren; denn nach ihm müßten die kleinen Gemeinden, wie immer auch das Plebiszit laute, dem Schicksal der benachbarten großen Gemeinden folgen. Sei das Plebiszit einer großen Gemeinde günstig für Deutschland ausgefallen, so würden die kleinen Gemeinden in der Umgebung Deutschland zugeschlagen, auch wenn das Plebiszit der kleinen Gemeinden nicht zugunsten Deutschlands lautet. Denn man könne die kleinen Gemeinden von den benachbarten großen nicht losreißen, von denen sie durch hundertjährige vertraute Beziehungen das eigentliche Leben empfangen haben. Nach Annahme seines Vorschlages im Obersten Rat würden ja wohl die einen wie die anderen dagegen protestieren; aber nach einiger Zeit würden sie sich beruhigen und untereinander vertragen, um so mehr, als es den Polen niemals gelingen würde, die Bergwerke ohne eine starke Mitarbeit der Deutschen auszunützen; denn die Deutschen besäßen nicht nur die technischen Fähigkeiten, die den Polen mangeln, sie besäßen auch die notwendigen Mittel zur Ausbeutung.

Frankreichs U-Bootbau

Paris, 12. Juni.

In der Deputiertenkammer führte Brisson in einer Rede zur Marinevorlage, die den Bau von 36 U-Booten vorsieht, aus: Wäre es nicht besser, anstatt soviel Schiffe zu bauen, den Artikel 190 des Versailler Vertrages zu revidieren? Warum 56 U-Boote bauen, während Deutschland gemäß dem Versailler Friedensvertrage 34 dieser Schiffsgattung liefern muß und wir 24 zu zerstören verpflichtet sind? Der Berichterstatter Denise erklärte, daß die Kommission ihr Bestes getan habe, um diese unsinnige Zerstörung zu vermeiden; sie habe sich jedoch den Beschlüssen des Obersten Rates fügen müssen. Der Antrag Brisson auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission wurde mit 436 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde mit allen gegen die sozialistischen und kommunistischen Stimmen angenommen. Ein Antrag Locquins, den Bau den Staatswerften anzuvertrauen, wurde abgelehnt.

Der Ur-Oesterreicher

Wir haben ihn früher nur immer im Wiener gesehen. Seine Handlungen, nicht bloß sein Gang, war für uns Norddeutschen bewegt lediglich vom tanzenden Fidelbogen Straußens und Lanners. Harmlosigkeit, Vergnügtheit und Saloppheit waren Eigenschaften, die wir nicht bloß dem privaten Oesterreicher, sondern auch dem berufstätigen, dem beamteten und dem soldatischen zuschrieben. Mitunter mit Unrecht; aber auch nur mitunter. Alle bewiesene soldatische Bravour und alles erduldete Elend wischt nicht den Eindruck weg, den man in Oesterreich und an österreichischen Fronten immer wieder bekam.

Die Vergnügtheit hat man selbst in Wien zu Grabe getragen; was dort noch vorkriegsmäßig vergnügt ist, ist das Schiebergesindel, wie wir es auch in anderen Städten finden. Und das Geschmeiß internationaler Schlemmer, das die jämmerliche Valuta ausnutzt; und altes Wiener Leben markiert, indem es Wiener Liebe kauft, die früher geschenkt wurde. Aber die Harmlosigkeit und die Saloppheit, der Hang zum Gehenlassen, das Vertrauen auf den lieben Gott und den guten Nachbar, die sind geblieben. Sonst hätte dieser Staat, bei aller Würdigung seiner Existenzunfähigkeit, nicht so im Galopp versinken können. Wenn die Oesterreicher (die beamteten) nur ein Viertel soviel praktisch gearbeitet wie gejammert hätten, wenn sie mehr auf Arbeitsleistung und weniger auf Arbeiterzahl gesehen hätten, wäre das Elend des Staates nicht so groß geworden.

Sie unterscheiden sich in ihrem Wesen nicht allzusehr, die Anschlußfreunde und die Anschlußgegner. Politische Klugheit, die Fähigkeit, die tatsächlichen Verhältnisse richtig einzuschätzen und die Politik danach einzustellen, zeichnet keine Gruppe aus. Schon nach dem Waffenstillstand stürzten sich die Anschlußfreunde, besonders die Sozialdemokraten, mit einer Verve auf die Agitation und verwendeten Argumente, die das Mißtrauen der Entente wachrufen mußten. Die Folge war das in den Friedensverträgen niedergelegte Verbot des Anschlusses ohne Genehmigung der Entente. Das Gehenlassen in der Verwaltung führte dann zu immer größerer Abhängigkeit von der Entente und zu einem immer größeren Elend. Das Anschlußverbot ist ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es geht wohl an, das immer wieder hervorzuheben, es ist aber politisch töricht, dem Verbot trotzen zu wollen. Die Entente hat die Macht, den Anschluß zu verhindern; ihre kleinen Genossen warten nur darauf, Oesterreich vollends zerschlagen zu können. Für sie genügen schon die Teilabstimmungen, die Forderung nach einer Zerstückelung Oesterreichs zu erheben. Und es ist auch nicht ausgemacht, daß diese Teilung nicht noch vor sich geht. Die Deutschösterreicher werfen uns Reichsdeutschen vor, daß wir nicht genug für die Stammesbrüder tun, daß wir gleichgültig ihren Bestrebungen zusehen. Was man in Oesterreich in dieser Hinsicht mitunter zu hören bekommt, kann von der „Deutschen Zeitung" nicht überboten werden. Die Reichsdeutschen sind aber durchaus nicht gleichgültig; sie wissen, daß sie mit Oesterreich eine große Last zu den vielen, die sie zu tragen haben, mit übernehmen würden. Sie würden es trotzdem tun, aber sie wissen auch, daß eine vom Deutschen Reiche unterstützte Anschlußpropaganda den Widerstand der Entente erst recht wachrufen und das Ziel immer weiter hinausschieben würde. So täten auch die Oesterreicher besser, mehr Disziplin in ihrem staatlichen und politischen Leben zu beachten, durch Reorganisation ihres gesamten Staatsbetriebes zu sparen, die Wirtschaft wieder aufzubauen, den Staat möglichst geschlossen zu gestalten und dabei geräuschlos doch dem Ziel der Vereinigung mit Deutschland nachzustreben. Die von der Entente erzwungene Abhängigkeit braucht nicht zu einer freiwilligen zu werden. Daß die ungenügende Kredithilfe der Entente den Anschlußgedanken förderte, ist richtig; richtig aber ist wohl auch, daß diese ungenügende Hilfe in dem mangelnden Vertrauen der Entente zur Leistungswilligkeit des Staates beruht.

Die Anschlußgegner kennzeichnet am besten ein Artikel in der „Prager Presse", wo der Wiener Fritz Teimann mit Stolz folgendes Bild des Urwieners zeichnet:

„Sicher ist, daß außer einigen Gesangs- und Turnvereinen keine merkbare Stimmung für den Anschluß sich in Wien geltend macht, siehe den schwachen Besuch der Anschlußkundgebungen, und daß der Wiener kaum auf die Dauer von den Stammtischen in Graz und Innsbruck sich deren politische Weisheit diktieren lassen wird. Schließlich lebt in jedem von uns das Bewußtsein, trotz der momentan schlechten Lage, daß wir zu Höherem aufgespart sind, als Anhängsel eines zerrissenen Deutschlands zu sein. Wir Oesterreicher waren, sind und werden, wenn wir uns überhaupt erhalten, Kolonialvolk sein, womit natürlich nicht an gewaltsame Eroberungen, sondern an friedliche Durchdringung unserer östlichen Nachbarn mit den Erzeugnissen unserer Kultur (das Wort im weitesten Sinne genommen) gedacht sein soll. Lange genug hat der deutsche und der englische Handlungsreisende auf unserem Rücken seine Kämpfe ausgefochten. Soll es auch für die Zukunft so sein? Ich glaube, es wird gut sein, und die Entwicklung wird uns, wenn wir leben sollen, auf diesen Weg zwingen, daß wir Oesterreicher nicht nach Berlin und Hamburg, sondern nach Agram, Fiume und Kattaro ausschauen."

Daß ein Oesterreich, wie dieser Mann es im Auftrage der Kleinen Entente haben will, ein Ding der Unmöglichkeit ist, liegt auf der Hand. Leider setzt sich die Zahl der Anschlußgegner zu einem großen Teil aus solchen politischen Kindskköpfen zusammen. Der Rest ist Gegner des Anschlusses, weil er im Gegensatz zu den Freunden des kleinen, selbständigen, auf Tschechien, Italien, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien spekulierenden Oesterreichs von dem neuen Donau-Staat träumt. Es sind das die Anhänger Karls des Kleinen und — Frankreichs. Allem Ableugnen des offiziellen Frankreichs zum Trotz besteht noch immer eine Verbindung Karls mit französischen Politikern und Industrieller, und zwar mit Leuten, die am Quai d'Orsay etwas zu sagen haben. Wir sahen das aus der Haltung Frankreichs und der Pariser Presse beim Osterputsch Karls mit Ungarn. Dazu ist die Meldung des „Sunday Expreß" interessant, wonach das letzte Abenteuer Karl Habsburgs von Sir Basil Zaharoff finanziert worden ist, einem der einfluß-